

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 26

Artikel: Mehrparteiensystem
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093054>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehrparteiensystem

Im schon seit über fünfzehn Jahren dauernden angolanischen Bürgerkrieg scheint sich eine echte Wende zum Frieden anzubahnen. Am 12. Dezember traf sich in Washington der sowjetische Außenminister, Eduard Schewardnadse, mit dem Anführer der Widerstandsbewegung der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita), Jonas Savimbi. Anfang Dezember hatte die in Angola regierende marxistische Arbeiterpar-

tei der Volksbefreiungsbewegung (MPLA-PT) auf ihrem dritten Kongress Vorschläge ihres Zentralkomitees über eine Verfassungsänderung gebilligt. Im März nächsten Jahres soll auf einem ausserordentlichen Parteikongress über die Abschaffung des Einparteiensystems beschlossen werden. MPLA und Unita verhandeln seit vergangenem April ergebnislos über einen Waffenstillstand. Für Januar ist eine sechste Gesprächsrunde in Portugal angesagt.

Moskau und Unita

Die ersten direkten Kontakte zwischen der Sowjetunion und der Unita wurden im vergangenen Juni geknüpft. Im Gipfelschatten von George Bush und Michail Gorbatschow traf sich in Florida eine Kreml-Delegation mit Vertretern der Widerstandsorganisation. Von seiten der sowjetischen Abgesandten war damals verlautet, «man» wolle nicht den gleichen Fehler wie in Osteuropa begehen und keine Verbindung zur Opposition haben.

Schewardnadse hatte vorgängig seiner Begegnung mit Savimbi mit seinem amerika-

nischen Amtskollegen, James Baker, die Frage erörtert, wie offiziell mitgeteilt worden war, wie beide Seiten einen Frieden am Verhandlungstisch erreichen könnten. Die USA und die Sowjetunion würden «alles Erdenkliche» unternehmen, damit ein Verhandlungserfolg erzielt werde. Einem Waffenstillstand müsste die «freie Beteiligung der Unita und anderer politischer Parteien am politischen Prozess in demokratischem Rahmen» folgen.

Nach der sechsten Gesprächsrunde zwischen MPLA und Unita in Lissabon soll Washington weiterer Verhandlungsort sein. Die USA und die Sowjetunion sowie Portugal würden ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen. Zum gleichen Zeitpunkt, da Schewardnadse mit Savimbi konferierte, traf sich James Baker mit dem angolanischen Außenminister, Pedro de Caastro Van Dunem.

Der Kongress lässt nochmals bombardieren

Die MPLA-PT hatte sich erst im Dezember 1977, zwei Jahre nach der Machtübernahme, offiziell und öffentlich verpflichtet, sich «auf politischem, ideologischem und organisatorischem Gebiet zu einer marxistisch-leninistisch orientierten, avantgardistischen Partei» zu entwickeln. Die angestrebte Verfassungsänderung hat die Einführung eines Mehrparteiensystems zum Ziel.

Dafür kämpft seit 16 Jahren die Unita von Jonas Malheiro Savimbi. Die Widerstandsbewegung sieht sich um demokratische Wahlen durch Kuba betrogen, das im Frühjahr 1975 in der ehemaligen portugiesischen Kolonie militärisch intervenierte. Fidel Castro hat sich im Rahmen des Namibia-Unabhängig-

keitsplanes von Dezember 1988 verpflichtet, bis Mitte 1991 seine 50 000 «Internacionalistas» genannten Söldnersoldaten aus Angola abzuziehen. Der angolanische und MPLA-Präsident, José Eduardo dos Santos, will so lange im Amt bleiben, bis ein Gesetz zur Zulassung (oppositioneller) politischer Parteien verabschiedet sei.

Während der MPLA-PT-Kongress tagte, bombardierte die angolanische Luftwaffe die Ortschaft Kakuxi im Süden des Landes. Nach Angaben der Unita befindet sich in Kakuxi das Hauptlager ausländischer humanitärer Organisationen. Diese versorgen die dort von einer Hungerkatastrophe heimgesuchte Bevölkerung mit Lebensmitteln. Weitere Ziele der MPLA-Luftwaffe seien die provisorische Unita-Hauptstadt Jamba im äussersten Südosten des Landes und das logistische Zentrum der Widerstandsbewegung in Likuwa gewesen. Die MPLA hatte schon Ende November die Bombardements indirekt (unter dem Vorwand) angekündigt, die Provinzregierungen von Huila und Cunene müssten Massnahmen ergreifen, «um den zunehmenden Abfluss von Waren in die benachbarte Republik Namibia zu unterbinden». Tag für Tag führen Lastwagen nach Namibia, welche mit wichtigen Bedarfsgütern beladen seien, die Angola ursprünglich als Spende erhalten habe.

Von ausländischen Hilfsorganisationen in Simbabwe gekaufte Nahrungsmittel gelangen – mit dem Einverständnis der Regierungen in Harare, Luanda und Windhoek – auf dem Landweg über den Capri-Streifen auch ins Unita-Gebiet.

In Klammerphase

Nach der katastrophalen Niederlage der noch von Sowjets und Kubanern beratenen MPLA-Streitkräfte im vergangenen April um Mavinga, eine Prestige-Ortschaft der Unita, hatte Portugal erste direkte Gespräche zwischen den Gegnern vermittelt. Nach der fünften Verhandlungsrunde hatte sich in Lissabon der portugiesische Vermittler und Staatssekretär im Außenministerium, Durao Barroso, dahingehend geäußert, beide Seiten hätten sich «auf vier Fünftel des Dokuments» geeinigt. Man befände sich jetzt in einer «Klammerphase». Das Waffenstillstandsabkommen habe kaum noch Klam-

Premiere in Prag

Im übrigen weilte am 6./7. Dezember erstmals eine Unita-Delegation offiziell in einem ehemaligen Sowjetblock-Staat, und zwar in der Tschechoslowakei. Mit dem stellvertretenden tschechoslowakischen Außenminister, Martin Palous, wurden die «Friedensperspektiven für Angola», die politische Entwicklung im südlichen Afrika im allgemeinen erörtert. Die Kontakte zwischen der Unita und der Tschechoslowakei wurden schon zu Anfang der achtziger Jahre geknüpft, als der damalige tschechoslowakische Außenminister, Stanislaw Swoboda, nach Jamba reiste, um über die Freilassung gefangengenommener Landsleute und sowjetischer Berater mit Jonas Savimbi zu verhandeln.

Höchste Kindersterblichkeit

Laut Radio Luanda sterben in Angola 153 von tausend Kindern, bevor sie ein Jahr alt sind, und bei hunderttausend Entbindungen sterben sechshundert Frauen. Damit sei Angola eines der Länder mit der höchsten Kindersterblichkeit in der Welt.

mern und werde gleichzeitig mit einer Vereinbarung über die politische Anerkennung der Unita unterzeichnet werden. Es gebe eine Bereitschaft in der MPLA-Regierung, die Unita anzuerkennen, «aber das Wann und Wie ist noch nicht gelöst worden».

Die Unita besteht auf ihrer Anerkennung als politische Partei und darauf, dass die MPLA ein verbindliches Datum für «die Durchführung freier und demokratischer Wahlen noch vor Ablauf des Jahres 1991 bekanntgibt. In den vorangegangenen Verhandlungsrunden hatte sich die Widerstandsorganisation auf reziproker Basis bereit erklärt, «die Regierung der Volksrepublik Angola, den angolanischen Staat und sein gegenwärtiges Staatsoberhaupt und die MPLA-PT als politische Partei» anzuerkennen. Die Unita liess ihre Forderung fallen, an einer Übergangsregierung zur Vorbereitung der Mehrparteienwahlen beteiligt zu werden; José dos Santos solle die Regierungsgeschäfte bis nach dem Urnengang weiterhin wahrnehmen.

Auf dem MPLA-PT-Kongress sprach dos Santos – wie schon zuvor auf Sitzungen des Zentralkomitees – von freien Wahlen «innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre». Die Unita ist darüber bestürzt. Man habe sich mit voller Energie für die Unterzeichnung einer Feuereinstellung noch vor Jahresende und für die «freie und rechtmässige Wahlen unter internationaler Aufsicht im nächsten Jahr» eingesetzt. In Jamba wird daran erinnert, dass es 1980 in Simbabwe und im März dieses Jahres in Namibia «unter ähnlichen Umständen gelungen ist, innert kürzester Zeit freie Wahlen zu organisieren, abzuhalten und von den Vereinten Nationen überwachen zu lassen».

Hunderttausende von Toten

Die politische Abteilung der Unita warnt im gleichen Zusammenhang verklausuliert in einer Verlautbarung ausländische Investoren. Künftige Investitionen in Angola würden und könnten erst nach der Unterzeichnung einer Waffenruhe beziehungsweise erst nach freien Wahlen zum Tragen kommen.

Unlängst hatte dos Santos eingeräumt, dass gegenüber angolanischen Unternehmern «in der Vergangenheit viele Fehler begangen worden sind». Jetzt sei ein Prozess in Gang gesetzt worden, um die Fehler zu korrigieren. Ausländische Investitionen – «oder die Initiative ausländischer Unternehmer und Bürger» – seien willkommen.

Dos Santos zufolge sind im Bürgerkrieg Hunderttausende von Menschen ums Leben gekommen. Die materiellen Verluste beliefen sich auf mehr als fünfzehn Milliarden Dollar. Angola stehe vor einer schwierigen Wirtschafts- und Finanzkrise. Diese sei durch den verheerenden Krieg ausgelöst worden, der dem Lande «von Südafrika und den Unita-Terroristen» aufgezwungen worden sei. Das angolanische Volk gedenke der kubanischen «Internationalisten», die ihr Leben für die «Erhaltung unserer nationalen Souveränität geopfert haben». In der gleichen Erklärung wurde die Regierung von George Bush aufgefordert, «an die Zukunft der angolanisch-amerikanischen Beziehungen mit Realismus heranzugehen und die Unterstützung für die Unita einzustellen». Am 24. Oktober hatte der Kongress in Washington einer weiteren Unterstützung der Unita auch 1991 zugestimmt, allerdings mit Einschränkungen. Nichtmilitärische Hilfe kann die Widerstandsbewegung sofort

«Linguistische Mängel»

Das angolanische Erziehungsministerium entliess bulgarische und vietnamesische Lehrer wegen «linguistischer Mängel und Inkompetenz». 150 portugiesische Lehrer sollen nach Angola kommen, um kubanische Kader zu ersetzen, die das Land verlassen. Das Erziehungsministerium will die «Zusammenarbeit mit dem Ausland (Westeuropa) verstärken», weil keine einheimischen Lehrer zur Verfügung ständen; Angola habe sich seit seiner Unabhängigkeit 1975 «auf ausländische Hilfe (Kuba, Osteuropa) im Bildungsbereich verlassen». Deswegen habe es keine Anreize für Karrieren im Bildungsbereich und «zur Entwicklung der Ausbildung angolanischer Lehrer» gegeben.

anfordern, hingegen lediglich die Hälfte der «todbringenden», und zwar auf Antrag von Präsident George Bush an den Kongress. Der Präsident ist gehalten, den militärischen Beistand zu unterbrechen, sobald die MPLS einen «vernünftigen» Termin bekanntgibt, an dem Mehrparteienwahlen stattfinden können, einem Waffenstillstand zustimmt, keine sowjetischen Waffenlieferungen mehr entgegennimmt und sich alle sowjetischen und andern ausländischen Berater und Instrukteure aus Angola zurückgezogen haben.

Cabinda-Erdöl als Druckmittel

Vor der Unterredung zwischen Savimbi und Schewardnadse war von Seiten der Unita unter anderem die Ansicht geäußert worden, die MPLA wolle vorderhand den Ausgang der Krise im Golf abwarten, bevor sie sich für oder gegen einen Waffenstillstand, eine Verfassungsrevision entscheide. Je nach Ausgang des Konflikts, so werde in Luanda kalkuliert, könne das angolanische Erdöl aus der Exklave Cabinda an Bedeutung gewinnen, beziehungsweise sich als Tausch- und Druckmittel gegenüber den Amerikanern verwenden lassen.

Den Wandel der Einstellung der Sowjetunion gegenüber der Unita hatte schon im vergangenen April Radio Moskau in einer Sendung für Afrika kundgetan: Es wurde daran erinnert, dass die Widerstandsorganisation 1975 der angolanischen Übergangsregierung angehörte (diese sollte freie Wahlen vorbereiten). Gleichgültig wieviel Unterstützung die Unita aus dem Ausland erhalten habe, diese Tatsache müsse zur Kenntnis genommen werden. Keine Widerstandsorganisation könne einen schon fünfzehn Jahre dauernden Krieg gegen eine Regierung führen, wenn sie nicht das Volk auf ihrer Seite habe.

